



Landeshauptstadt München, Direktorium
Meindlstr. 14, 81373 München

**Vorsitzender
Günter Keller**

Privat:

Telefon: (089) 5793 8566
Telefax: (089) 570 4033
E-Mail: guenter.keller@t-online.de

Geschäftsstelle:

Meindlstr. 14, 81373 München
Telefon: 233 - 33882
Telefax: 233 - 33885
E-Mail: ba7@muenchen.de

München, 03.12.2024

Antrag

- (1) Das Sozialreferat schafft die rechtlichen Voraussetzungen für die Erstellung und den Versand von Briefen für Senior*innen.
- (2) Das Sozialreferat sieht in der nächsten Haushaltsplanung finanzielle Mittel vor, um künftig Seniorenbriefe in München möglich zu machen.

Begründung

Die Bürgerversammlung des 7. Stadtbezirks Sendling-Westpark hatte am 16.11.2023 die Empfehlung beschlossen, mit Seniorenbriefen die gesellschaftliche Teilhabe der älteren Generation zu verbessern. Vor allem sollten so all diejenigen adressiert werden können, die man bisher nicht auf anderen Wegen (ASZ, Tagespresse, Internet) erreichen konnte.

Das Sozialreferat lehnt in seinem Beschlussentwurf für den Sozialausschuss Seniorenbriefe aus datenschutzrechtlichen und finanziellen Gründen. Es heißt:

*„Belange der Seniorenvertretung zur Versendung von Informationsbriefen an Senior*innen gehören ... nicht zum Aufgabenkreis der Meldebehörde. Insofern hat das KVR ... keine Befugnis zum Abgleich des Melderegisters. Folglich ist ein Versand von Briefen an Senior*innen mit Informationen der örtlichen Seniorenvertretungen durch das KVR unter Abgleich des Melderegisters datenschutzrechtlich unzulässig.“*

„... die Kosten für den Versand der Infobriefe (könnten) nicht aus dem Budget des Seniorenbeirats bestritten werden Für einen Versand von Informationsbriefen sind keine Mittel im Haushalt eingeplant.“

Die Bedenken sind nachvollziehbar. Daher wird das Sozialreferat mit dem vorliegenden Antrag aufgefordert, die Voraussetzungen für die Erstellung und Versendung von Seniorenbriefen zu schaffen.

Damit wird kein völliges Neuland betreten. Das Sozialreferat kann auf über 40 Jahre Erfahrungen mit dem Versand von Elternbriefen zurückgreifen. Auch gelingt ihm seit 1978 der Zugriff auf personenbezogene Daten des Melderegister für die Durchführung der Wahlen zur Seniorenvertretung.

Am Ende bedarf es natürlich einer politischen Entscheidung, die der Stadtrat zu treffen hat. Allerdings gibt das Seniorenpolitische Konzept, das im Februar 2025 verabschiedet wurde, Grund zur Hoffnung. In diesem nimmt das Handlungsfeld „Soziale Teilhabe für ältere Menschen ermöglichen“ sehr großen Raum ein und es werden explizit analoge Angebote für Personen ohne Internetzugang vorgeschlagen.

Günter Keller

Vorsitzender des Bezirksausschusses 7